

Bräuer-Beitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsge nossen
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 52.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 29. Dezember 1905.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Bruns & Böber, Hannover.

15. Jahrg.

Kollegen!

Arrangiert Protestversammlungen gegen die Brausteuererhöhung überall!

Nützt die Gleichgültigen auf, bringt sie zur Versammlung!

Agitiert für den Verband, benutzt jede Gelegenheit zur Agitation!

Zeit und Umstände sind günstiger als je, um auch den Gleichgültigsten und Schlaftrigsten, und auch den größten Egoisten, die sich um die Beitragszahlung drücken, an den Früchten der Organisation aber teilnehmen, plausibel machen zu können, was ihrer als Unorganisierten harvt, wenn die Pläne der Regierung bezüglich der Brausteuererhöhung Wirklichkeit werden sollten und Tausende von Brauereiarbeitern existenzlos werden!

Bringt die Indifferenten zur Ueberzeugung, daß sie nur in der Organisation Schutz finden, daß die Möglichkeit der Verbesserung der Lebenslage der Brauereiarbeiter in Zukunft mehr als je von einer einigen, geschlossenen Brauereiarbeiterschaft, von einer starken Organisation abhängt!

Tue jeder sein Äußerstes in der Agitation für den Verband!

Rüftet! Die Zeiten sind erust!

Protestversammlungen

der Brauereiarbeiter gegen die Brausteuererhöhung fanden statt und wurde die Protestresolution einstimmig angenommen:

Am 10. Dezember in Bärenburg (30 Personen), Ebingen (42);

am 14. Dezember in Aschaffenburg (100), Alzenburg (120), Seidmühle (27);

am 15. Dezember in Aschersleben (8);

am 16. Dezember in Hanau (300), Forst (20), Nordhausen (300);

am 17. Dezember in Güstrow (16), Kulmbach (350), Gießen (85), Hirschberg i. Schl. (48), Sonneberg i. Th. (48), Pfungstadt (60), Zwickau (80), Worms (80);

am 13. Dezember in Siegnitz (47), Minden (70);

am 19. Dezember in Aurich (45), Uelzen (35), Wismar (37), Koburg (28), Wolfenbüttel (24), Rastatt (56), Offenbach (28);

am 20. Dezember in Berra (42), Augsburg (215), Radeberg (61), Fürth i. Bayern (130);

am 21. Dezember in Birna (50), Kiel (250);

am 22. Dezember in Luttlingen (25);

am 24. Dezember in Schweningen (56), Lands- hut (84).

Endlich haben wir auch den Bundesvorsitzenden aus seiner Ruhe aufgeschreckt. In Nr. 51 der „Bundeszeitung“ erlucht er die Herren Vorsitzenden der Bundesvereine, sobald als möglich eine Versammlung ihres Vereins einzuberufen, in welcher sie Stellung gegen die Brausteuererhöhung nehmen. Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt. Das ist ja nun recht schön, doch was uns hierbei besonders interessiert, ist, daß die Bundesgrundsätze mit diesen Protestversammlungen über den Haufen geworfen werden. Mit Händen und Füßen wehrte man sich bisher dagegen, jemals im „Bund“ Politik zu treiben. Und jetzt auf einmal Politik in den Bundesvereinen! Wenn das nur ein gutes Ende nimmt, denn wenn man dem Teufel erst einen kleinen Finger gibt, dann nimmt er bald die ganze Hand. Ja, „Nur lehr beten“, und manches noch wird sich im Laufe der Zeit wandeln. Oder ist es nur für dieses Mal aus — triftigen Gründen?

Bekanntmachung.

Die Zahlstellenverwaltungen sowie die Bevollmächtigten der Einzelmitgliedschaften werden ersucht, recht bald die Abrechnungen für das 4. Quartal 1905 an den Hauptvorstand einzusenden, indem die Wahlkreiserteilung zum nächsten Verbandstag nach diesen Abrechnungen erfolgt.

Diejenigen Orte, welche bis zum 20. Januar 1906 die Abrechnung nicht eingefandt haben, können bei der Wahlkreiserteilung nicht berücksichtigt werden.

Der Hauptvorstand.
F. A. G. Bauer.

Die Kartelle in der Branindustrie.

Mit der Entwicklung der Brauereien zu Großbetrieben, mit der Erschwerung der Konkurrenzverhältnisse stieg die Einsicht der Unternehmer, daß die ununterbrochenen Kämpfe um den Wettbewerb ihre Stellung erschweren müßten. Wirte und andere Bierabnehmer hatten den Vorteil von dem Wettbewerb der Bierbrauereien, so entwickelte sich ein geheimer Kampf um die Erwerbung von Wirtschaften. Die Masse der Kapitalisten, die in Hypotheken und Grundstücken angelegt wurden, überließen auf das Aktienkapital und brachten so manche sonst solid aufgebaute Brauereien in Zahlungsschwierigkeiten. Andere gemein-

same Interessen ergaben sich den Wirten gegenüber hinsichtlich der Bedingungen des Absatzes, der Kreditverhältnisse und dergleichen. Das steigende Entgegenkommen einzelner Brauereien den Wirten gegenüber, das Abtragen derselben brachte eine steigende Unsicherheit in die Regelmäßigkeit des Bierabsatzes. Ebenso ergaben sich gemeinsame Interessen den Flaschenbierhändlern gegenüber. Die Frage der Gebinde und Gefäße, deren Rückgabe auf Schwierigkeiten stieß und die vielfach vertauscht wurden, führte zu manchen Verhandlungen zwischen den Brauereien. Gemeinsame Interessen ergaben sich weiter durch die zahlreichen Besuche, die das Brau- und Biergewerbe betreffende Gesetzgebung zu ändern und vor allem die Steuerbefreiung zu vermindern. Endlich hat die Organisation der Arbeiter, ihre Streben nach Tarifen und damit nach einer Gleichartigkeit der Arbeitsbedingungen, endlich auch die von den organisierten Arbeitern angewandten Kampfmittel, insbesondere die des Boykotts, die Unternehmer einander näher gebracht.

So ist es nicht erstaunlich, daß der Zusammenschluß früher sich bekämpfender Unternehmer eintrat und mannigfache Organisationen, Preisabmachungen, gemeinsame Abwehr gegen die Arbeiter, gleichartige Behandlung der Abnehmer, Bestimmungen über Gebinde und Gefäße, über gemeinsame Zeitungen, Zeitschriften, Untersuchungsanstalten, Kampfmittel gegen die Antialkoholbewegung zc. zc. im Brauergewerbe entstanden und anscheinend zur Befriedigung der Unternehmer wirkten.

Durch die von der Regierung veranfaßte Kartell-Enquete ist leider aber bisher nur wenig Licht auf diese Verhältnisse geworden. Es ist sicher, daß ein nicht geringer Teil der kartellartigen Gebilde in der Brauindustrie der Organ der Reichsregierung unbekannt geblieben ist. In der großen Denkschrift über das Kartellwesen, deren erster Teil dem Reichstage nach seinem Zusammentritt zugeht, sind bloß neun derartige Vereinigungen angegeben und bloß von drei sind die Bestimmungen abgedruckt, während die übrigen mit der Bemerkung „Statuten nicht abgedruckt“ in der Liste erscheinen. Aber das Wenige, was vorliegt, verdient doch auch bekannt gegeben zu werden.

Für Berlin ist bloß die Vereinigung von 27 Brauereien Berlins und der Umgegend, sowie der Stadt Potsdam und deren Umgegend bekannt gegeben, die eine Regelung des Preises und eine Feststellung des Absatzgebietes für Flaschenbier regeln soll. Auch hier ist der Vorsitzende Kommerzienrat Max Hapoldt, woraus schon klar hervorgeht, daß diese Vereinigung eine Unterabteilung des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend ist, der bekanntlich in den Kämpfen anlässlich des Berliner Bierboykotts geschlossen gegen die Arbeiter vorging, der die Arbeitsvermittlung gemeinsam geregelt hat, hinsichtlich der Gebinde bezw. des Austausch des selben Abmachungen getroffen hat, der also eine weit größere Bedeutung hat, als sich hinter seinem Namen verbirgt, und der kartellartige Aufgaben mit solchen der Unternehmervereinigung verbindet. Die Flaschenbiervereinigung ist im Jahre 1902 gegründet und soll bis im Jahre 1910 und im Falle unterbliebener Kündigung bis zum Jahre 1915 bestehen. Die einzelnen Bestimmungen über die Pfandverpflichtung, über den Flaschenverkauf, über die Flaschenetiketten, über den Flaschenaustausch, über die Haftung der Verkäufer, Verleger usw. interessieren uns wenig, weil sie die sozialen Kämpfe kaum berühren und auch einen Rückschlag auf die Machtverhältnisse der Unternehmer und auf die Mittel, einen Zusammenschluß zu erzwingen, nicht zulassen.

In dieser Hinsicht sind aber bedeutungsvoll die Bestimmungen über die Durchführung der Vertragsbestimmungen. Da heißt es:

Jede Brauerei verpflichtet sich, für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung gegen irgend eine der in diesem Vertrage einschließlichen Einseitigen niedergelegten Vereinbarungen an den Verein eine Vertragsstrafe bis zur Höchstsumme von 10 000 Mk. zu bezahlen. Jede Brauerei hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihr zur Kenntnis kommende Vertragsverletzungen anderer Brauereien unter Angabe der Beweismittel dem Vorstände schriftlich anzuzeigen. Beim Verdachte einer Vertragsverletzung kann sie den Vertrauensmann ersuchen, die zur Aufklärung erforderlichen Ermittlungen vorzunehmen. Eine geeignete Persönlichkeit kann als Vertrauensmann angestellt werden. Dieser ist jederzeit berechtigt, Einsicht in die Bücher der einzelnen Brauereien zu nehmen und die Vorlegung aller ihm sonst erforderlich erscheinenden Nachweisungen, sowie die Erteilung von Auskünften zu verlangen. Eine Unterlassung einer solcher Auskunft oder eine falsche Auskunft kann zu einer Strafe bis zu 10 000 Mk. führen. Genaue Bestimmungen sind auch über die Zusammenkunft, die Zuständigkeit und das Verfahren vor dem Schiedsgerichte und über die Verwaltungs-kosten vorsehen.

Ueber die Wechselhinterlegung, die auch in den Kämpfen mit den Arbeitern eine so bedeutungsvolle Rolle spielt, heißt es:

Jede der vertragschließenden Brauereien muß als Sicherheit für die etwa zu zahlenden Vertragsbestimmungen und Verwaltungs-kostenbeiträge einen vom Verein auf sie gezogenen, von ihr akzeptierten Sichtwechsel mit fünfjähriger Präsentationsfrist beim Vereinsvorstand hinterlegen. Der Betrag, auf welchen die Wechsel zu lauten haben, richtet sich bei jeder Brauerei nach der Menge desjenigen Malzverbrauches, welcher von ihr im letztverfloßenen Betriebsjahre versteuert worden ist, und wird auf 25 Pf. pro Zentner dieses Malzverbrauches unter Abrechnung auf volle 1000 Mk. bestimmt; der Mindestbetrag, auf welchen jeder Wechsel lautet, ist 10 000 Mk. Wenn die Brauerei eine durch Schiedspruch gegen sie festgesetzte Strafe oder einen durch Schiedspruch festgesetzten Verwaltungs-kostenbeitrag nicht innerhalb einer Woche nach Zustellung des Schiedsgerichts-spruches an den Verein entrichtet, ist der Verein ohne weiteres berechtigt, den Wechsel in Höhe des durch den Schiedspruch festgesetzten Betrages zu verwerten, ihn zu diesem Zwecke einzulösen oder in Umlauf zu setzen. Die Brauerei ist in diesem Falle verpflichtet, innerhalb einer Woche nach Aufforderung durch den Vorstand einen neuen Sichtwechsel mit fünfjähriger Präsentationsfrist auf den ursprünglichen Betrag zu akzeptieren und beim Vereinsvorstande zu hinterlegen.

In den Verein der Brauereien von Köln und Umgebung zur Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen sind 28 Brauereien angeschlossen. Der Zweck des Vereins ist in erster Linie, die Mitglieder vor den schädlichen Folgen, die aus der unbeschränkten Vergabe von Darlehen entstehen, zu schützen, ferner

die Regulierung der Preise, Beseitigung aller mit gewöhnlichen Mitteln arbeitenden Konkurrenz und die Vertretung gemeinsamer Interessen herbeizuführen. Der im Jahre 1902 gegründete Verein hat sich eine vorläufige Vertragsdauer bis Ende 1907 festgesetzt. Eine Fusion des Vereins mit dem Verein der Brauereien von Köln und Umgebung gegen Berufserklärung, bleibt in den Statuten ausdrücklich vorbehalten; desgleichen die Regelung des Schutzes der Mitglieder im Falle eines Streiks oder einer Arbeiteraussperrung, sowie die Einrichtung einer Kreditauskunft über die Kunden im Bezirke Köln und Umgebung. Jedes Mitglied hat binnen einer Woche nach seiner Unterzeichnung des Statuts ein Eintrittsgeld zu bezahlen, das je nach der Höhe der Jahresbrausteuer 25, 50 bezw. 100 Mk. beträgt. Besondere Beiträge können von der Vereinsversammlung beschloffen werden. Die Bestimmungen im einzelnen sind zwar sehr interessant, liegen aber im wesentlichen außerhalb des Aufgabenkreises unserer Zeitschrift. Zur Charakterisierung der Tendenzen seien aber nachstehende Bestimmungen angeführt:

Geschenke an Kunden sind nur erlaubt für wohltätige Zwecke, dürfen aber im Einzelfalle den Betrag von 100 Mk. nicht überschreiten. Die Speisen für Geschäftsreisende dürfen nicht mehr als 6 Mk. betragen. Wenn ein Mitglied einen Kunden, weil derselbe seinen Zahlungsverpflichtungen ihm gegenüber nicht nachkommt, die Bierlieferung entzieht, so kann er unter Abgabe des Schulbetrages und der Zeit der letzten Lieferung beim Vorstande beantragen, daß auch die übrigen Mitglieder die Bierlieferung bei dem säumigen Kunden bis auf weiteres einstellen.

So strenge die Bestimmungen sind für die Brauereien des Vereins, so ist durchaus freies Handeln, also Unterbieten und Niederanturrieren anderer Brauereien gestattet. Für jeden Zuwiderhandlungsfall gegen die wichtigsten Bestimmungen des Statuts sind Strafen von 3000 und 5000 Mk. festgesetzt, Sicherheitswechsel nicht unter 5000 Mk. müssen hinterlegt werden.

Einen noch weiteren Aufgabenkreis stellt sich der Brauereiverein Thüringen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, dessen Geschäftsführer ein Erfurter Rechtsanwalt ist und dem 107 Mitglieder angehören. Seine Statuten sind nicht zum Ausdruck gelangt, doch wird als Zweck des Kartells angegeben die Wahrung der Standesinteressen, die Förderung der gewerblichen Interessen, der Schutz gegen unlauteren Wettbewerb, Berufs-erklärungen und Boykottierungen, Vertretungen in allen gemeinschaftlichen, die Regelung der Arbeitsverträge betreffenden und steuerpolitischen Fragen, nach Bedarf gemeinschaftliche Einkäufe und Verkäufe, Aufstellung von Normen für den Verkehr mit den Abnehmern, Unterstützung hilflosbedürftiger Angehöriger des Brauereigewerbes. Der Vertrag ist im Jahre 1905 geschlossen und hat eine vorläufige Geltungsdauer bis zum Jahre 1908 und kann dann um je vier Jahre verlängert werden.

Von geringerer Interesse sind die Angaben über den Verband der Brauereien von Hannover und Umgegend und über den Verband ostpreussischer Brauereien, die sich auf die Interessenvertretung, die Preisfestsetzung und die Verwertung von Nebenprodukten beschränken. Doch sind sicher auch andere Zwecke vorhanden, über die wegen unterbliebenen Abdruckes der Statuten nichts weiter mitgeteilt werden kann.

Von bedeutend größerem Interesse ist der Verein der Brauereien von Magdeburg und Umgegend, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, dem 32 Firmen angehören und der vorläufig drei Jahre bestehen soll. Ueber den Zweck des Vereins gibt § 2 des Gesellschaftsvertrages Auskunft. Derselbe lautet:

Die Standesinteressen der Brauindustrie zu wahren, die gewerblichen Interessen zu fördern, ihre Mitglieder gegen un-lauteren Wettbewerb jeder Art, sowie gegen Berufs-erklärungen und Boykottierungen, insbesondere Arbeitseinstellungen zu schützen, sie in allen gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen, insbesondere die Regelung der Arbeitsverträge betreffenden und steuerpolitischen Fragen zu vertreten, nach Bedarf gemeinschaftliche Einkäufe und Verkäufe für die Gesellschaft vorzunehmen, für den Verkehr mit den Abnehmern gemeinsame, alle Gesellschaftler bindende Normen festzusetzen und hilflosbedürftige Angehörige des Brauereigewerbes zu unterstützen. Die Erweiterung und Abänderung dieses Zweckes ist der Versammlung der Gesellschaft gestattet.

Jeder Gesellschaftler ist verpflichtet, sofort dem Geschäftsführer schriftlich davon Kenntnis zu geben, wenn ihm ein Ver-zug oder eine Boykottierung angedroht oder über ihn verhängt wird. Falls von der Arbeiterschaft Forderungen bezüglich der Erhöhung der Löhne oder Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen gestellt werden oder zu gewärtigen sind, kann die Gesellschafterversammlung durch einfachen Mehrheitsbeschluß anordnen, daß bis zum Erlaß eines gegenseitigen, gleicherweise zu erlassenden Beschlusses kein Gesellschaftler berechtigt sein soll, ohne Genehmigung der Gesellschafterversammlung eine Lohn-erhöhung oder sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten zu lassen. Den Gesellschaftern ist in jedem Falle verboten, sich auf Verhandlungen mit einzelnen Arbeitern, einer Arbeitervertretung oder mit den Vertretern einer sonstigen Gegenpartei selbst einzulassen oder solche Verhandlungen unmittelbar zu führen. Alle Anfragen und Gesuche von Arbeitern und deren Vertretern sind an den Geschäftsführer weiter zu geben und ist die Gegenpartei an diesen zu verweisen, der die Verhandlungen namens der Gesellschaft im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat zu führen hat. Strafen von 500 und 3000 Mk. sind festgesetzt und können von neuem bis zu diesem Höchst-betrage ausgesprochen werden. Der Verband erstreckt sich über den größten Teil der Provinz Sachsen, über das Herzogtum Anhalt, Teile des Herzogtums Braunschweig usw. So scharf der Wettbewerb zwischen den Vereinsbrauereien geregelt ist, so ist jedem Mitgliede gegen alle der Gesellschaft nicht angehörenden Brauereien freie Hand gelassen. Auf eine große Anzahl der anderen Bestimmungen, die sich auf das Verhältnis zu Bier-abnehmern, zu Lieferanten und zu anderen Geschäftsleuten aller Art beziehen, gehen wir des weiteren nicht ein.

Die Vereinigung der Brauereien in Nürnberg-Fürth und Umgebung, auch eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, aber von unbestimmter Dauer, gibt als ihren Zweck an die Förderung der gemeinsamen Interessen der Mitglieder, insbesondere die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Bier-brauereien und im Brauergewerbe, sowie im Flaschenbiergeschäft.

Wir wissen aber sehr genau, daß der Aufgabenkreis dieser Vereinigung bedeutend weiter geht und einen Kommentar und eine Ergänzung des mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifvertrages enthält.

Es ist für diese Deutscher Reichsregierung über die Kartelle sehr charakteristisch, daß die Geheimtätigkeit derselben an den Kartellen sehr wohl nachgewiesen werden kann und daß die Geheimhaltung sich insbesondere auf diejenigen Bestimmungen bezieht, die mit der Regelung des Arbeitsverhältnisses zusammenhängen. Dieselben Kartelle, die den Arbeitern ganz unbedingungsweise eine Regelung zur Geheimhaltung vorwerfen möchten, sind es, die hinter verschlossenen Türen beraten und stets bestrebt sind, ihren Aufgabenkreis zu verkleinern.

Höchst allgemein drückt sich der Brauereiverband für den Regierungsbereich Trier aus, indem er die Festsetzung eines Mindestpreises und die Befreiung der Brauerei im Brauereiverband als sein Ziel hinstellt, aber seine Statuten zur Veröffentlichung auch nicht zur Verfügung stellt. Dem Verbande gehören 20 Mitglieder an und er läuft von zwei zu zwei Jahren bis zur Auflösung durch die Generalversammlung.

Die Brauereivereinigung für Nordwest-Deutschland wurde im Jahre 1901 zuerst für fünf Jahre gegründet, sie behält sich aus auf die Provinz Schleswig-Holstein und die Hansestädte Hamburg und Lübeck, es gehören ihr 59 Firmen an, die zusammengeführt werden zur Wahrnehmung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen, namentlich zur Regelung des Verkaufspreises für Bier und der damit zusammenhängenden Zugeständnisse an die Mundschafte. Ueber die sonstigen Aufgaben hat man sich auch ausgesprochen.

So ungenügend die Angaben über die Anzahl und über den Wirkungsbereich der Kartelle in der Brauindustrie sind, so geben sie uns doch im kleinen einen deutlichen Begriff von dem engen Zusammenhange des Unternehmertums, von der Tüchtigkeit der Organisation und von den Kräften, oft rücksichtslos im Wille, die Zwecke der Organisation zur Verwirklichung zu bringen. Das muß uns lehren, unseren wirtschaftlichen Gegnern in dem Verständnis für die Organisation, für die gemeinsame Vertretung der wirtschaftlichen Interessen nachzuweisen, um diesen mächtigen, gut geleiteten und auf alle Eventualitäten vorbereiteten Kampfororganisationen unserer Gegner ebenbürtig gegenüberzutreten und die wichtigen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und vertreten zu können.

So seien diese Darlegungen ein neuer Impuls zur kräftigen und nie ruhenden Agitation für unseren Verband.

Jahresberichte der Gauleiter.

Gau 4 (Süd-Regensburg).

Zur Unterstützung des Gauleiters in der Agitation z. sind Agitationskommissionen gegründet worden, eine für Südbayern mit dem Sitz in München, eine für Nordbayern mit dem Sitz in Jülich. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte waren 7 Gauvorsitzenden nötig: 4 in Regensburg, 2 in München, 1 in Jülich. Die Korrespondenz beziffert sich auf 517 Eingänge, 897 Ausgänge. An Fragebogen zur Orientierung gingen in Oktober-November 1904 150 Stück hinaus, von diesen kamen innerhalb des Jahres 1904/05 46 wieder ein. An Fragebogen zwecks Angabe von Arbeiter an Sonn- und Festtagen wurden an 63 Orten 849 Stück hinausgegeben, von diesen gingen bis 1. Oktober 1905 aus 8 Orten 86 Stück ein.

Die Agitation war im ersten Jahre arbeits- und erfolgreich. Der Mitgliederbestand in Bayern war laut Abrechnung der Zahlstellen:

1904		1905		
3. Quart.	4. Quart.	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.
8403	8527	8894	4144	4409

Die Zunahme beträgt in dieser Zeit 1036, wovon 475 durch den Gauleiter in Versammlungen und Besprechungen gewonnen wurden. Gezündet wurden die Zahlstellen Regensburg, Roth a. S. und Bayreuth; eingegangen sind die Zahlstellen Amberg und Weiden a. S. Besprechungen, Versammlungen und Sitzungen wurden in 71 Orten 134 abgehalten. Revisionen mit Abrechnungen wurden in 9 Orten vorgenommen.

Der Verkehr mit der Fabrikinspektion erfolgte schriftlich 17 mal, und zwar mit der Fabrikinspektion in Oberbayern 2 mal, Niederbayern 3 mal, Schwaben und Neuburg 1 mal, Oberpfalz 11 mal. Der mündliche Verkehr erfolgte 9 mal. Die Ursachen waren ungesicherte Arbeit an Sonn- und Festtagen, Lehrlingsausbrennung, Sonntags-Dujour, Schlaf- und Schlanderwesen, in 1 Fall wegen zu schwerer Bierfässer auflegen (Narmeliter-Brauerei Regensburg) und in 2 Fällen wegen der Maßregelung in der bischöflichen Brauerei Regensburg. Besonders die Fabrikinspektion der Oberpfalz gab sich die erdenklichste Mühe, die Mißstände abzuschaffen, aber selbst manche Arbeiter sind darin hinderlich. Den schriftlichen Beschwerden an die Gewerbeinspektion wurde teils Rechnung getragen, und sind die Betriebe, über welche Beschwerden geführt wurde, inspiziert worden, in anderen Fällen erfolgte eine Untersuchung nicht. Das Gewerbegericht wurde 2 mal anrufen, und zwar in Ansbach bei der Lohnbewegung als Einigungsamt und in Regensburg bei der Maßregelung seitens der bischöflichen Brauerei; der Herr Beamte dieser Brauerei erschien jedoch nicht vor dem Gewerbegericht.

Lohn- und Tarifbewegungen fanden in 19 Orten und 116 Betrieben statt, und zwar in 10 in 1 Brauerei, Freising (in 3), Murnau (5), Heidingsfeld (1), Schwaiganger (1), Taching (1), Ansbach (2), Regensburg (1), Weiler (1), Rehau (1), Hof (1), Augsburg (45), Lindau (3), Wschaffenburg (2), Kulmbach (1), Garmisch (1), Obersdorf (1), Kaufbeuren (1), München (21).

In Sell wurden nach einer 2/3stündigen Unterhandlung für 6 Arbeiter pro Tag 1 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Woche Lohnerhöhung erzielt.

In Freising war die Bewegung infolgedessen schwieriger, weil dort noch Zwangslohn bestand. Der Wochenlohn betrug 7 bis 8 Mk. bei 12stündiger Arbeitszeit. Erzielt wurden für 13 Arbeiter 10stündige Arbeitszeit und 18-20 Mk. Wochenlohn. Im Hofbräu gab man den Arbeitern Besprechungen, auch Graf Rog vertrat den Gauleiter, daß am 1. April die Arbeiter aufgebessert werden. Der 1. April brachte aber nichts und wurde die Bewegung aus besonderen Gründen abgebrochen werden. Die Arbeiter der übrigen Brauereien machten nicht mit.

Der Vertrag in Taching, den Kollege Holzgartner mit der Brauereileitung abschloß, brachte für 18-20 Arbeiter 1,50 Mk. bis 2 Mk. mehr Wochenlohn und 1 Stunde weniger Arbeitszeit pro Tag. Die Bierkäufer, die noch schlechte Löhne haben, haben sich noch nicht zum Anschluß an die Organisation entschließen können.

In Murnau besetzten sich die Unternehmer erst zur Unterhandlung, als die Bergarbeiter in Peissenberg sich mit den Brauereiarbeitern solidarisch erklärten. Herr von (Paulbräu) zahlte den Bergarbeitern die Löhne heraus, auch wurde die Arbeitszeit um 1 Stunde verkürzt und die Sonntagsarbeit beschränkt. Frau Bogreiter (Zur Hof) erklärte sich bereit, die Löhne abzuschaffen, jedoch wurde sie von Brauereibesitzer Urban überredet, dies nicht zu tun, folglich zog sie ihr Versprechen zurück und schaffte die Löhne nicht ab, jedoch erhielten die Arbeiter 1 Mk. wöchentliche Zulage. In der Angerbrauerei wurde die Löhne abgeschafft und werden die nicht vertrannten Biermarken herausgeholt. Feuchtmeyer und Urban waren zu einer

Unterhandlung mit dem Vertreter der Organisation nicht zu bewegen - vorläufig.

Die Unterhandlung mit der Igl. Brauerei in Schwaiganger ergab, daß das eingereichte Gesuch an das Ministerium hinübergeleitet wurde, jedoch mit dem Versprechen, am 1. April den Brauereiarbeitern eine Aufbesserung zu gewähren. Wie wir erfahren, sollen die Arbeiter mit den Zugeständnissen der Administration sehr zufrieden sein.

Bei der Maßregelung in Heidingsfeld die Unterhandlung ein negatives Resultat. In einem Kampf einzutreten war nach Lage der Umstände nicht rätlich. Erst als einige scharfe Artikel in der Presse erschienen, ließ sich Herr Sittmann herbei, den Arbeitern eine Lohnbewegung zu gewähren. Den an die Brauerei Schmelz eingerichteten Tarif zogen die Arbeiter wieder zurück, da sie eine Lohnaufbesserung erhielten.

In Regensburg besetzte das Hofbrauhaus seine Arbeiter um 8, 5-8 Mk. pro Monat auf. Die Kollegen schlossen sich deshalb sämtlich der Organisation an.

In Ansbach wurde der Tarif von 4 Brauereien eingereicht, doch erfolgte keine Antwort, und sollte das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden. Aus Anlaß einer Kritik in einer öffentlichen Versammlung sperrete Herr Hürner 13 Brauer aus. Die Bierfahrer hatten ihre Verbandsbücher abgegeben und wurden nicht ausgesperrt. Der Kampf dauerte 6 Tage. Die Unterhandlungen am Einigungsamt scheiterten ebenfalls. Erst als eine öffentliche Volksversammlung einberufen war, wurde die Aussperrung aufgehoben und kam der Tarifvertrag zustande. Ein Streikbrecher wurde bei Wiederaufnahme der Arbeit sofort gehen. Die Bierfahrer, welche die Fäuste ins Korn geworfen hatten, erhielten keine Lohnbewegung. Doch forderte diese Bewegung auch zwei Opfer: zwei Kollegen wurden nicht wieder eingestellt. Die Brauerei Meusel unterzeichnete ebenfalls den Tarif.

Die Bewegung in Wschaffenburg ging ruhig vorüber. Die Unterhandlung mit der Altienbrauerei führte nicht zum Abschluß des Tarifs, da verschiedene Klauseln in demselben entfallen waren, die die Arbeiter veranlassen, von der Unterzeichnung Abstand zu nehmen, die anderen Punkte wurden jedoch akzeptiert. Die Tarifunterhandlungen in der Brauerei Ebert führten nach zweistündiger Unterhandlung zu einer Einigung.

Die Bewegung in Weiler führte zum Streik. Weiler Huber wollte die Löhne nicht abschaffen, eine Unterhandlung war resultatlos. Der Streik ging an sich verloren, doch die Arbeiter organisierten sich wieder und verlangten Abschaffung der Löhne. Um einem zweiten Streik aus dem Wege zu gehen, bewilligte Herr Huber 85-90 Mk. Monatslohn und 10stündige Arbeitszeit.

Die Lohnbewegung in Regensburg beansprucht in Rücksicht auf die Begleitumstände und die in Betracht kommenden Faktoren besondere Interesse für alle Zeiten, weil sich hier die christliche Kapitalistenmanier im hellsten Lichte zeigte. Schon anfangs Februar reichten die Mäzger der bischöflichen Brauerei durch den Gauleiter ein Gesuch ein um Verkürzung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Wochenlöhne statt Monatslöhne und eine annehmbare Behandlung. Dieses Gesuch wurde am 11. Februar vom Administrator dahingehend beantwortet, daß sie noch jederzeit ihren Arbeitern entgegenkommen sind, und wenn es jetzt nicht ist und die Arbeiter selbst kommen, dann auch etwas erhalten werden. Mit dritten Augenblicken haben sie nichts zu tun. Dem Gauleiter wurde bei persönlichem Vorkommnisse gesagt, wenn die Leute etwas wollen, sollen sie selbst kommen. Infolgedessen wurde beschlossen, für alle in der Brauerei Beschäftigten einen Tarifentwurf einzureichen. Statt nun Entgegenkommen zu zeigen, antwortete die Brauerei überhaupt nicht und entließ am Schluß der Mäzgerei 8 Mann, die noch nie ausgesperrt waren, also eine zweifelhafte Aussperrung. Es wurde eine gütliche Beilegung der Sache versucht, jedoch vergebens. Es wurde zuerst eine Volksversammlung abgehalten und eine Resolution eingebracht, sodann wurde von Seiten der Fabrikinspektion versucht, eine Unterhandlung anzubahnen, alles vergebens. Nun wurde eine zweite öffentliche Volksversammlung abgehalten und der Boykott über diese Brauerei verhängt. Der Boykott wurde später aufgehoben, weil die Arbeiter ihn nicht genügend beachteten. Von den Aussperrten wurden zwei Mann eingestellt, die anderen konnten nicht untergebracht werden. Wenn auch die Bewegung nicht das Gewünschte gebracht, so ist aber nachträglich eine allgemeine Aufbesserung für die Arbeiter der dortigen Brauerei erfolgt und ein Urlaub für die Arbeiter der anderen Brauereien.

Die Bewegung in Lindau verlief ruhig und brachte den Kollegen große Vorteile bezüglich der Löhne wie auch in der Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Bewegung in Kulmbach brachte den dortigen Arbeitern ein zufriedenstellendes Resultat. Diese Bewegung bedurfte einer großen Vorarbeit in Geschäftsbesprechungen, Versammlungen und Sitzungen.

Die Bewegung in Obersdorf (Mügau) endete mit der Zulage von 1,50 bis 2 Mk. pro Woche.

In Augsburg kamen 46 Brauereien in Betracht, wo meistens überall die Löhne noch im Geschäft gegeben wurde. Es beanspruchte die Bewegung 8 Geschäftsbesprechungen, 4 Bezirksbesprechungen, 6 Versammlungen und noch verschiedene Anschlußsitzungen und sonstige Beratungen. Die Unterhandlungen mit der Unternehmerkommission dauerten 4 Tage und war das Verhältnis ein sehr gespanntes. Noch am 21. August glaubten die Arbeiter die Arbeit niederlegen zu sollen. Durch das ruhige Verhalten der Leitung gelang es, Vorteile für die Arbeiter zu schaffen, die für Augsburg eine ware Kulturart bedeuten. Die Organisation ist noch eine junge dort und es bedarf noch immer großer Aufmerksamkeit, um das Errungene auch zu erhalten. In einigen Brauereien wollte man den Tarif noch nicht recht einhalten, namentlich in den Brauereien „Fortuna“ und „Kambold“. Die Brauerei von Lorenz Stöcker erkannte den Tarif an, aber die dortigen Arbeiter gingen von selbst um eine Stunde eher an die Arbeit und wenn sie Sonntagsruhe hatten, kamen sie ins Geschäft. Nachträglich wurde auch noch der Tarif mit der Brauerei Gluck-Böppingen abgeschlossen, wo Sonntags überhaupt nicht gearbeitet wird.

In Rehau bei Hof wurden namhafte Vorteile für die Arbeiter geschaffen, die Arbeiter gehören alle der Organisation an.

In Hof war eine besonders gute und treffliche Vorarbeit getroffen. Zu bedauern ist nur, daß unter den Bierfahrern die Interesslosigkeit eingetriften ist, zu ihrem eigenen Schaden. Die Verhandlungen dauerten zwei Nächte hindurch und konnte dann der Tarif gemeinsam unterzeichnet werden.

Die Bewegung in Garmisch führte zum Streik und Boykott, da nichts bewilligt wurde, jedoch ohne Erfolg.

In der Altienbrauerei Kaufbeuren reichten die Arbeiter ein Gesuch um Lohnbewegung ein, jedoch ohne Erfolg.

Diese Lohnbewegungen führten in 8 Orten zu einem Tarifabschluß, und zwar in Taching, Ansbach, Wschaffenburg, Lindau, Kulmbach, Augsburg, Rehau, Hof.

Mit dem Tarifabschluß in München hatte der Gauleiter nichts zu tun.

Erfolge wurden ferner erzielt in Sell, Freising, Murnau, Schwaiganger, Obersdorf, Heidingsfeld.

Erfolge stellten sich nachträglich ein in Regensburg und Weiler.

Ohne Erfolg verliefen die Bewegungen in Garmisch und Kaufbeuren.

Zur Beilegung der Differenzen war der Gauleiter in folgenden Fällen tätig: Eine Entlassung in der Brauerei Reich, Kulmbach, wurde beim Gewerbegericht bei-

gelegt. Der Entlassene wurde wieder eingestellt und erhielt 98 Mark Entschädigung für gemachte Überstunden.

Eine Entlassung in Regensburg konnte wegen Selbstverschuldens des Entlassenen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Der dritte Fall war die Entlassung zweier Kollegen in der Bürgerbrauerei, Würzburg. Eine Entlassung konnte nicht rückgängig gemacht werden. In Landsbut, Meißnerbrauerei wurde die Differenz beigelegt durch Wiedereinstellung des Entlassenen. In der Brauerei Welschbier, Augsburg, wurde Mitte August plötzlich drei Brauer und ein Bierfahrer entlassen wegen Verbandsfachen. Nach Vorklagewerden des Gauvorstandes mit einem Kartellbelegierten wurde die Differenz durch Wiedereinstellung aller vier Mann erledigt. In der Brauerei Ebert, sowie in der Remboldbrauerei waren die Beschwerden unbegründet und lag Selbstverschuldens der Beschwerdeführenden vor.

Die Kosten betragen insgesamt 3426,00 Mark. Davon entfallen auf Ausgaben für Fahrt 375,95 Mark, für Diäten 977 Mark. Auf Besprechungen, Versammlungen entfielen 845,75 Mark und 25 Mark an Kollegen K. in Passau, auf Lohnbewegungen und Differenzen 480 Mark, auf Revisionen 27,20 Mark, für Druckfachen 112,44 Mark, für Porto 84,31 Mark.

Korrespondenzen.

Metz. Am 16. Dezember fand eine öffentliche Protestversammlung statt. Kollege Wittich-Grantsfurt sprach über das Thema: „Die Erhöhung der Brausteuer und ihre Wirkung für die arbeitende Klasse“. Der Referent verstand es, in seinem 1 1/2stündigen Referat uns die Folgen dieser Besteuerung vor Augen zu führen. Die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Es ist nur sehr zu bedauern, daß die Versammlung von den Brauereiarbeitern so schlecht besucht war. Von der Brauerei Th. Kleinmehl haben es nur zwei Kollegen für notwendig gehalten, zu erscheinen. Den anderen geht es anscheinend sehr gut, so daß sie die Organisation nicht mehr brauchen. Man sollte glauben, daß die Leute zur Einsticht kommen sollten, da in der Zeit von drei Wochen drei Bierfahrer ohne triftigen Grund entlassen wurden. Von den älteren Kollegen sind nur noch zwei dort, welche organisiert sind, die man aber vergebens in einer Versammlung suchen kann, sie hatten, wie es scheint, die anderen noch vom Besuche ab. Es ist wohl besser, an Werktagen abends bis 9 und 10 Uhr und Sonntags nachmittags bis 2 und 3 Uhr im Geschäft Karten zu spielen, als in die Versammlung zu gehen. Von der Brauerei „Prinz Emil“ waren bloß die Organisierten erschienen. Die anderen glauben wohl, es hätte für sie keinen Wert, sich in den Verband aufnehmen zu lassen. Auch in letzterem Geschäft wäre noch manches zu ordnen. Wir ermahnen die Kollegen nochmals: Tretet ein in den Verband deutscher Brauereiarbeiter; nur da werber eure Interessen gewahrt.

Berlin. Am 17. Dezember fand die Protestversammlung der Berliner Brauereiarbeiter gegen die von der Regierung geforderte Erhöhung der Brausteuer statt in Saale von Keller, welcher wohl 3000 Personen saß und der samt der Galerie bis auf den letzten Platz gefüllt war. Den Vortrag hielt Reichs-tagabgeordneter Dr. Südekum, der zunächst die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches, das unverantwortliche Pumpsystem mit den Zuschußanteilen zur Deckung der Zinsen der Reichsschulden, sowie das egoistische Bestreben der herrschenden Klassen und ihrer Regierung, alle Lasten des Reiches möglichst auf das Proletariat abzuwälzen, scharf und treffend kritisierte. Nachdem der Redner im allgemeinen das Verderbliche und die Ungerechtigkeiten des indirekten Steuersystems, sowie die Verwendung der also aufgetriebenen Mittel zu der Welt- und Kolonialpolitik geschildert hatte, sprach er über die neuen Steuervorschläge, das Weichnachtsgesetz, das die Regierung dem deutschen Volke aufgebracht hat, und besonders über die verderbliche Wirkung, die die Erhöhung der Brausteuer in wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Hinsicht ausüben muß. Auf Grundlage beweiskräftigen statistischen Materials zeigte der Redner, wie die Brausteuer seit ihrem Bestehen auf eine Vernichtung der kleinen und mittleren Brauereien hingewirkt hat, und führte aus, daß trotz der vorgeschlagenen Staffelung die neue Erhöhung von den kleineren Brauereien weit schwerer ertragen werden kann, als von den großen, also die Vernichtung der kleinen Betriebe noch weiter begünstigen muß. Man könnte sagen: Was kümmert das uns Sozialdemokraten, wenn die Entwicklung zum Großbetrieb künstlich gefördert wird! Aber durch die damit verbundene Bervollkommnung der Technik werden wiederum viele Brauereiarbeiter arbeitslos gemacht. Außerdem hat man damit zu rechnen, daß, wie in Amerika, die Bierproduktion durch Kräfte monopolisiert und das konsumierende Publikum ausgetrocknet wird. Der Redner wies ferner darauf hin, daß das ungeschädliche oder doch nur wenig schädliche, schwach alkoholische Getränk, das Bier, tatsächlich gegenüber dem Schnaps eine Kulturmission erfüllt und zu erziehen hat, und daß keineswegs die angeblich so geringe Erhöhung des Bierpreises für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, namentlich der so elend bezahlten Arbeiter in der Provinz, bedeutungslos ist. Mühte doch z. B. der Arbeiter einer Düngereifabrik, dessen Haushaltungsbudget der Redner erwähnte, oft auf den gewohnten halben Liter Braubier für 6 Pf. der Herunterpflügelung des eckelhaften Arbeitslohnes verzichten und sich mit dem um einen Pfennig billigeren Schnaps begnügen! Der Redner schloß mit den Worten, daß der Kampf gegen die neuen Steuervorschläge, abgesehen von der Erbschaftsteuer, von den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft mit aller Kraft geführt werden muß und daß dieser Kampf im besten Sinne des Wortes ein kulturförderliches Werk ist. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Einstimmig wurde die Protestresolution, sowie die Resolution, wonach sich die anwesenden Unorganisierten verpflichten, dem Brauereiarbeiter-Verband beizutreten, und die es jedem zur Pflicht macht, dafür zu wirken, bis auch der letzte Brauereiarbeiter dem Verband angehört, angenommen. Mit der Ermahnung des Versammlungsleiters, Kollegen Träger, nun auch das in der Resolution 2 Beschlossene zu beherzigen und energisch für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Bremen I. Eine Mitgliederversammlung, die erste nach dem Tarifabschluß, welche zum 9. Dezember einberufen war, gab das traurigste Bild, was hier je zu verzeichnen war: ganze 3 Mitglieder waren anwesend. Man hätte doch erwarten sollen, daß nach solchem Zeitabschnitt alle ohne Ausnahme erschienen wären. Von den Unorganisierten, welche alle eingeladen waren, war auch nicht ein einziger erschienen. Für diese gibt es nur einzuheimen wo sie nicht gearbeitet haben, zu ernten, zu ernten geerntet haben, und zwar gute Ernte brachte die letzte Lohnbewegung hier am Orte für viele Unorganisierte, so z. B. für die Kollegen vom Bürgerlichen Brauhaus. Diese hatten früher einen Lohn von 23-24,50 Mk., durch die Lohnbewegung nun erhalten sie 29 Mk. Hier hält es von 7 dort beschäftigten Brauereien nicht ein einziger für seine Pflicht, sich zu organisieren. Dagegen hat man dort einen Vergnügungsverein gegründet mit 10 Pf. Wochenbeitrag, welcher außer der Geschäftsleitung auch von organisierten Arbeitern unterstützt wird. Fordert man diese Kollegen nun auf, sich dem Verbande anzuschließen, so verweisen sie mit Vorliebe auf Dortmund, Rheinland und Westfalen. Ja, Kollegen, wer trägt die Schuld, daß dort dem Verband der Kampf aufgegeben wurde? Die Indifferenten, also erntelosen. Wollt ihr nun noch länger an den Verrenten gehören? Für einen ehrlich und aufrichtig denkenden

Kollegen ist nichts schändlicher, als der Verrat an seinesgleichen. — Ich verdiene Geld genug, ich gebrauche nicht mehr! das war der Ausspruch eines ehemaligen Bundesmitgliedes im Bürgerlichen Brauhaus vor der Lohnbewegung. Also 24,50 Mark genügt diesem ehrwürdigen Familienvater von 4 Kindern. Wirklich ein „Musterarbeiter“! Was wir von diesen erwarteten, ist leider nicht eingetreten, nämlich die Annahmeverweigerung der Lohnverhöhung. Aber dankbar muß man sich doch auf jeden Fall erweisen, d. h. nicht dem Verband. Man agitiert neben dem Vergütungsverein auch noch für einen Regellab. Im übrigen ist es das Beste, man kümmert sich um gar nichts, meinte ein anderer, der (schon Meßer) nebenbei auch noch Kinderwäschen beim Braumeister spielt, d. h. nur nach Feierabend. Man kann doch stolz sein auf seinen Beruf, wenn man auch Arsch ist, so lange man lebt.

Bremerhaven. Die am 15. Dezember stattgefundenen öffentliche Versammlung der in Brauereien und Bierniederlagen beschäftigten Arbeiter war sehr stark besucht. Fast sämtliche Berufsgenossen waren anwesend. Der Reichstagskandidat des 19. hannoverschen Wahlkreises, Gen. Daverkamp, erdörte in eingehender Weise die projektierte Erhöhung der Brausteuer und die Folgen, die daraus für das ganze Gewerbe und die darin tätigen Arbeiter resultieren. Da Daverkamp die Brausteuerfrage für die Untervereiner demnach ausführend in der Nordd. Volksstimme behandelt wird, glauben wir von einer Weitergabe des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages hier absehen zu können und verweisen die interessierten Brauereiarbeiter auf den diesbezüglichen Artikel. Die beiden vom Hauptvorstand eingegangenen Resolutionen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Auf Grund der Resolution 1) forderte der Vorsitzende die anwesenden Nichtorganisierten auf, aus der Annahme derselben die Konsequenzen zu ziehen und den Satz zu beherzigen: „Ein Mann, ein Wort“. Daraufhin ließen sich vorläufig 2 Kollegen anschließen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende nochmals zum Beiricht zur Organisation und zu festem, unverbrüchlichem Zusammenhalten; ferner forderte er die Anwesenden auf, die bürgerlichen Blätter, soweit dies noch nicht geschehen, aus ihren Wohnungen zu entfernen, da jeder doch wohl die Lehre gezogen haben müsse, daß diese stets unsere Interessen mit Füßen getreten haben, da sie nur auf Seiten der Unternehmer stehen. Die fortwährenden frivolen Massenaussperrungen in und um unsere Gegend, an der diese Art Blätter ein gut Anteil haben, indem sie dem Unternehmertum sich gefügig zeigen, müssen doch jeden halbwegs denkenden Arbeiter aufgestört haben. Einzig und allein die Blätter, die fest und unerschrocken uns treu zur Seite stehen, sind die Arbeiterblätter, hier an Orte also die „Norddeutsche Volksstimme“. Deshalb gehört in die Arbeiterwohnung auch dieses Blatt. Unter lauten Beifallsrufen wurde die in allen Kreisen würdig verkaufene Versammlung geschlossen. — Auch an dieser Stelle seien die hiesigen Brauereiarbeiter nochmals darauf aufmerksam gemacht, zum bevorstehenden Quartalswechsel auf die „Nordd. Volksstimme“ zu abonnieren. Brauereiarbeiter, denkt daran, daß es die „Volksstimme“ war, die sich auch während unserer längeren Lohnbewegung uns jeden Tag bereitwillig zur Verfügung stellte.

Dresden. In der „Böttcherzeitung“ Nr. 51 findet jemand in dem Artikel der „Brauerei-Zeitung“: „Brauereiarbeiterorganisation“ (Nr. 49) eine Gerabwürdigung der Vertreter der Böttcher, und bei den Vereinbarungen bei der Stilllegung der Garnbrunnen-Brauerei ein Verrücktheiten der Böttcher in schöner Weise. Das ist uns wirklich nicht eingefallen. Aber schon ist es nicht, solche ungeredhtfertigen Vorwürfe zu erheben, wenn man zugleich, soweit als möglich, unseren Artikel benutzt. Nun wird auch noch in der „Böttcherzeitung“ behauptet, die Böttcher hätten mehr erreicht als wir. Nachgemacht haben sie es wohl, was wir vorgebracht haben, ob besser, das zu glauben müssen wir schon dem Schreiber jenes Artikels überlassen, und wir fürchten, er wird von seinem Glauben auch noch befehrt werden.

Erfurt. Am 12. Dezember tagte im Restaurant „Forelle“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, die von 170 Personen besucht war. Der Vortrag über die geplante Erhöhung der Brausteuer hielt Herr Amborn, der in längeren Ausführungen die Maßnahmen der Regierung kritisierte. Er führte aus, daß es nicht das erste Mal sei, daß die Regierung versuche, eine Erhöhung der Brausteuer durchzuführen. Jetzt, da wieder ungeheure Summen für den Militarismus gefordert werden, halte sie wieder den geeigneten Augenblick für gekommen, erneut eine Vorlage einzubringen. Dem deutschen Volke müßten neben den im März nächsten Jahres in Kraft tretenden höheren Zöllen neue Steuern, die auf Bier, Tabak usw. entrichtet werden sollten. Die Biersteuer müsse ungünstig auf die gesamte Brauindustrie einwirken. An der Hand einer amtlichen Statistik zeigte Medner den Rückgang der Brauereibetriebe. Trotzdem habe sich aber die Bierproduktion vermehrt. Die neue Steuer könnte von den kleinen Brauereien nicht getragen werden, die Folge davon würde ein weiterer Rückgang der kleinen Betriebe sein. Dadurch würden Tausende von Brauereiarbeitern arbeitslos. Aber auch jede noch so gerechte Lohnforderung würde auf desto größeren Widerstand stoßen. In allen Fällen seien es zuerst die Brauereiarbeiter, die unter der Erhöhung der Biersteuer zu leiden hätten. Nachdem Medner ausführlich auf die neuen Steuererträge eingegangen war und gezeigt hatte, welcher Mehrbetrag an Biersteuer dann allein in Erfurt in Betracht kommen würde, forderte er die Anwesenden auf, in den allgemeinen Protest gegen die Brausteuer mit einzustimmen. Die im zustimmenden Sinne geführte Diskussion war nur kurz. Die vom Hauptvorstande eingesandte Protest-Resolution wurde einstimmig angenommen.

Gera. Am 16. Dezember fand in Michaels Lokal eine von circa 180 Personen besuchte Protestversammlung gegen die Brausteuer-Erhöhung statt. Redakteur W. Beven geißelte scharf die empörende Ungerechtigkeit dieses raffinierten Steuersystems und wies zahlmäßig nach, daß es gerade die Brauindustrie ist, welche die Regierung seit Jahrzehnten geradezu als melende Kuh betrachtet. Die Brauereibesitzer werden sich natürlich hüten, diese Mehrbelastung allein zu tragen. Das hierdurch der Konsument und vor allen Dingen der Brauereiarbeiter am meisten geschädigt wird, erscheine als selbstverständlich. Der Kampf derselben um ihre wirtschaftliche Lage werde in Zukunft noch größer und schärfer, als bisher. Die Versammlung protestierte gegen diese Raubpolitik an den Armen durch einstimmige Annahme der Protestresolution. Hierauf fand die Monatsversammlung statt. Infolge schlechten Ausfalls der Gemeinderatswahl in unserer Stadt für die Arbeiter beschloß die hiesige Partei, daß die Gewerkschaften energischer arbeiten sollen, um ihre Mitglieder anzufordern, Bürger zu werden. Hierzu wurde eine Kommission gewählt. Wie alle Jahre, so soll auch dieses Jahr von Seiten des Kartells eine Weihnachtsbescherung für arbeitslose und durchreisende Gewerkschaftsmitglieder stattfinden. Man bewilligte hierzu 30 Mark. Für die in Not geratene Frau eines vor kurzem verstorbenen Kollegen wurden ebenfalls 15 Mt. bewilligt.

Hamburg. Am 2. Dezember fand eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, zu welcher hauptsächlich die Bierfahrer der hiesigen Brauerei eingeladen waren. Gauleiter Egel referierte über die Generation der wirtschaftlichen Bewegnisse. Medner verwies auf den Kampf, der jetzt in England vor sich geht, ferner auf den Bergarbeiterausstand, die beweisen, daß der Arbeiter nur auf die Macht der Solidarität sich stützen kann. Auch auf den Brauereien ist früher das reine Sklavensleben gewesen, keinen Sonntag gab es und Werktags überlange Arbeitszeit. Denn ist der Arbeiter verbraucht, dann holt der Unternehmer einfach einen anderen, denn er schätzt ihn nicht

mehr wie eine Ware, die er zu dem billigsten Preis haben will. Er bezahlt auch lieber Überstunden, als die Arbeiter von der Landstraße zu nehmen. Da haben sich die Arbeiter gefügt, wir wollen auch so wie andere Industriearbeiter schaffen und wollen zeigen, daß wir auch Menschen sind. Sie haben sich eine Organisation geschaffen und durch die Organisation fand sie in die Lage gekommen, mit ihrer Arbeitskraft besser auszuhalten zu können und sich bessere Löhne zu erkämpfen. Medner brachte noch die Statistik der letzten sieben Jahre vor, welche Vorteile der Brauereiarbeiter-Verband für die Brauereiarbeiter geschaffen hat. 2 Kollegen ließen sich aufnehmen und 2 wollten sich umschreiben lassen. Der Vorsitzende erwähnte die Kollegen noch zum regelmäßigen Besuch der Mitglieder-Versammlungen, welche jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden.

Kulmbach. Eine Brauereiarbeiter-Versammlung am 17. Dezember beschäftigte sich mit der geplanten Erhöhung der Brausteuer. Kollege Goller bedauerte, daß bei solchen wichtigen Punkten nicht sämtliche Brauereiarbeiter und Mälzerei-Arbeiter anwesend sind. Goller befragte in erster Linie die Kollegen, die der neue Posttarif mit sich bringen wird, der bereits schon seine Vorboten in Gestalt der immerwährend steigenden Fleischpreise vorausgeschickt hat. Noch kann man die Folgen des neuen Posttarifs nicht übersehen, so tritt die Reichsregierung schon wieder mit neuen, das arbeitende Volk sehr schädigenden Steuern hervor in Gestalt von Bier- und Tabaksteuern. Medner befragte dann die schädlichen Folgen dieser Steuererhöhung und erklärte, daß es unsere Pflicht ist, gegen solche, die Brauerei- und Mälzereiarbeiter schwer schädigenden Steuerlasten zu protestieren. Alle in der Diskussion zum Wort gekommenen Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen des Kollegen Goller einverstanden und wurden die Resolutionen einstimmig angenommen. In seinem Schlußwort machte Goller es den Kollegen zur Pflicht, in der Agitation nicht zu erlahmen, bis der letzte Brauerei- und Mälzereiarbeiter dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter zugeführt ist.

Leipzig. Die Brauereiarbeiter hielten am 16. Dezember in den Hofgärten eine Protestversammlung ab, in der Gauleiter Stübchen über die von der Reichsregierung geforderte Erhöhung der Brausteuer und deren Folgen für die Brauereiarbeiter referierte. Reichs Weisfall lohnte den Medner für seine treffenden Ausführungen. Trotz reger Agitation war die Versammlung nur von ca. 300 Personen, fast ausschließlich organisierten Brauereiarbeitern, besucht, während die Bundesgenossen, diese vom Unternehmertum finanziell und moralisch unterstützte Vereinigung, interesselos der Versammlung fernblieb. Zur Vertretung der der Versammlung demonstrativ ferngehaltenen Bierfahrer und Kellereiarbeiter vom Transportarbeiterverband hatten sich fünf Mitglieder der hiesigen Leitung desselben eingefunden. In böswilliger Vertennung des Zweckes der Versammlung benutzten sie die Diskussion, um nach antisemitischen Wurzeln eine Abauerverammlung zu inszenieren. Sie hielten es für geeignet, die bestehenden Grenzkontrollen zum Austrag zu bringen und mit geschäftigen und unwahren Behauptungen gegen die Leiter der Brauereiarbeiter-Organisation zu operieren. In seinem Schlußwort kennzeichnete der Referent das jeden parlamentarischen Anstand bare Verhalten der Leitung der Transportarbeiter, das glücklicherweise zu den Seltenheiten in der organisierten Arbeiterwelt gehöre und sich von selbst richte. Unter großer Unruhe der Versammlung über die verwerfliche Handlungsweise der Transportarbeiterleitung vollzog sich die Abstimmung über die im Sinne des Vortrages gehaltene Protestresolution, die einstimmig angenommen wurde. Eine weitere Resolution, die im Hinblick auf die drohende Gefahr der Brausteuer-Erhöhung auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammenschlusses aller in Brauereien und deren Niederlagen, sowie in Mälzereien beschäftigten Personen im Zentralverband der Brauereiarbeiter hinweist, fand ebenfalls einstimmige Annahme.

Limburg. Am 10. Dezember tagte im Lokale des Herrn Maas eine von 30 Personen besuchte öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Wittich über das Thema: „Wer verbessert die wirtschaftlichen Verhältnisse der Brauereiarbeiter?“ sprach. Der Referent erläuterte die Entstehung der freien Gewerkschaften und verband damit die Entstehung und Leistungen des Verbandes. Er schilderte die Vorteile der Tarifabschlüsse, kam sodann auf die Kämpfe zu sprechen, die wir auszufechten hatten und forderte im Anschluß daran die unorganisierten Kollegen auf, sich dem Verband anzuschließen, denn nur eine starke Organisation sei imstande, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Einer scharfen Kritik unterzog er die Führer des Bundes, die um ein paar Mark die Interessen ihrer Mitglieder verraten. Am gleichen Sonntag, als wir Versammlung hatten, tagte auch der Bund. Der Vorsitzende des Bundes, der zugleich Oberbürsch in der Brauerei Wsch ist, hatte nichts eiligeres zu tun, als eine Versammlung einzuberufen, damit sich ja keins seiner Schäfchen zu uns verirre. Ein Verbandsschlepper, der in genannter Brauerei schaffte, wurde so lange schikaniert, bis er von selbst ging. Zum Schluß besprach der Referent die von der Reichsregierung geplante Biersteuer, welche geeignet ist, die Arbeiterkraft noch mehr zu belasten, als dies schon durch die anderen indirekten Steuern und Zölle auf Lebensmittel geschieht. Medner erntete reichen Beifall. Die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Protestresolution gegen die Biersteuer, sowie eine zweite Resolution, die zum Zusammenschluß in dem Verbandsverband auffordert, wurden einstimmig angenommen. In der Diskussion wurden die Zustände in den Brauereien kritisiert. In den Brauereien Busch und Zimmermann gibt es keinen freien Sonntag, auch wird daselbst Werktags noch 11-12 Stunden geschafft. In der Unionbrauerei Billmar werden Sonntags ungeschehliche Arbeiten verrichtet, wie Kellerschrubben, Gefäßabladen und Kühlschiffwaschen. Im Sommer müssen die Bierfahrer fast jeden Sonntag auf der Loure sein, ohne einen Pfennig Vergütung. Die Löhne sind allgemein 75-90 Mt., Höchstlohn für Oberbürsch 105 Mt. Zum Schluß griff Gen. Hoin aus Obersachsen die christlichen Gewerkschaften scharf an, wobei er auf den Köhler Postarbeiterstreik hinwies, der durch den Verrat der Christlichen verloren ging. Er forderte die Anwesenden zum Abonnement der Arbeiterpresse auf. Nach Aufnahme von 5 Kollegen und 1 Umschreibung erfolgte Schluß der Versammlung. Unsere Poststelle zählt jetzt 27 Mitglieder. — Welche Schwierigkeiten unserer Organisation hier in den Weg gelegt werden, beweist, daß uns das Lokal abgetrieben wurde. Der „Kassauer Bot“, das hiesige Zentralorgan, schrieb von „sozialdemokratischen freien Gewerkschaften“, um dumme Phylister vor uns graulich zu machen. Ferner meinte das Blatt, der größte Teil wäre von auswärts gewesen. Diesen Krost müssen wir ihm nehmen, wenn es glaubt, die Organisation von Limburg fernhalten zu können. Wir werden vorwärts kommen trotz aller Sozialabtreiber und trotz des Passes des die christliche Nächstenliebe nicht äbenden Zentralblattes. Am Sonntag, den 17. Dezember, fand im Lokale Schneider eine von 80 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung statt. Eine Protestresolution gegen die Biersteuer, die noch auf die Tabaksteuer ausgedehnt wurde, fand einstimmige Annahme.

Lübeck. Am 17. Dezember fand die Protestversammlung der in den Brauereien und Bierniederlagen beschäftigten Personen gegen die geplante Erhöhung der Brausteuer statt. Die Versammlung war von 150 Kollegen besucht. Den Vortrag hielt Redakteur Stellung, der den Anwesenden vor Augen führte, daß die Brauereiarbeiter, wenn diese Biersteuererhöhung zur Annahme gelangt, sich das mehr bewußt sein müssen, daß die kleinen Brauereien immer mehr verschwinden und dadurch eine

große Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird, die arbeitslosen Brauereiarbeiter aber nicht daran denken können, in einem größeren Betriebe Beschäftigung zu finden, da die Großbetriebe verhältnismäßig weniger Arbeiter beschäftigen, also soviel als möglich an Arbeitskräften sparen werden. Auch Tarifabschlüsse und Lohnverhöhungen werden viel schwieriger zustande kommen, aber nur durch hartnäckigere Kämpfe als bisher. Die Brauereiarbeiter hätten deshalb alle Ursache, sich immer mehr dem Verband deutscher Brauereiarbeiter anzuschließen und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann der Organisation beigetreten ist. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß es Pflicht eines jeden Brauereiarbeiters ist, die ihm zustehende Arbeiterpresse zu lesen, und das ist hier in Lübeck der „Lübecker Volksbote“. Auch der politischen Organisation müssen sich die Kollegen anschließen. Die beiden Resolutionen fanden einstimmige Annahme.

Wiesbaden. Am 17. Dezember fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Kollege Erich, Münden, sprach über den Wert unserer Arbeitskraft und die Notwendigkeit der Organisation. In den jungen Jahren wird nicht hauptsächlich ersatz genug mit unserer Arbeitskraft umgegangen, und deshalb ist sie gar bald verbraucht. Das zeigt sich gerade in den Städten, wo keine Organisation vorhanden ist, am besten, Antreiberei, überlange Arbeitszeit, keine Sonntagsruhe, schlechte Kost und Schundlöhne. All die Dinge können nur geändert werden durch eine Organisation. Medner zeigte, was der Brauereiarbeiterverband im letzten Jahre seinen Mitgliedern für Verbesserungen gebracht hat. Man sieht, daß es auch an kleineren Orten vorwärts geht, wenn die Arbeiter einig sind. Eine Verbesserung wäre auch hier nicht nur notwendig, sondern Pflicht der christlichen Brauereien. Eine Arbeitszeit von morgens 7 1/2 Uhr bis abends 7 Uhr, keine Mittagspause, keine Brotzeit, „Immer los!“ heißt es da. Die Löhne spotten aller Beschäftigung; pro Woche 4, 5 und 6 Mark. Eine geistliche Sonntagsruhe kennen die Leute überhaupt nicht. Hier wäre ein großes Feld für den Gewerkschaftler, einmal nachzugehen, welche traurige Zustände noch existieren. Einige Brauereiarbeiter waren bis zur Tür des Versammlungslokals gekommen und hörten vor der aufgelaufenen Tür sich die Kritik dieser Zustände an. Am Schluß seines Vortrages forderte der Referent noch den hohen Wert der Arbeiterpresse für die Brauereiarbeiter aneinander, was nicht ohne Folgen blieb, es abonnierten sofort fünf Kollegen auf die „Münchener Post“.

München. Vom „Christlichen“ Verband der Hülsenarbeiter wurde seit längerer Zeit mit der Behauptung trefflich geangewandelt, Gauleiter Schrems habe bei einer Gelegenheit Herrn Brauereibesitzer Thomas den Rat gegeben, Arbeiter zu entlassen oder in schlechte Stellung zu versetzen. Insbesondere wurde diese Behauptung von zwei christlichen Hülsenarbeitern in einer Versammlung am 19. April aufgestellt und diese Behauptung diente nun manchem „christlichen“ Führer zu Agitationszwecken. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht am 2. Dezember (siehe „Bekanntmachung“ in heutiger Nummer) ergab nach Zeugnis des Herrn Thomas die völlige Unhaltbarkeit der Behauptung. Es ist nicht das erste Mal, daß die Wahrheit nicht bei den „Christlichen“ ist.

Norden. Unsere Versammlungen finden alle 14 Tage bei Bargmann statt. In der Versammlung vom 10. Dezember hatten wir eine Aufnahme. Vom Vorsitzenden wurde erwähnt, daß in Kürze eine Protestversammlung abgehalten werden müßte. Ferner wünschte er, daß zum Schluß des Jahres alle Mitgliedsbücher in Ordnung gebracht würden.

Oberleben. Am 9. Dezember sprach Kollege Stübchen in einer gut besuchten Versammlung über den Nutzen und Zweck des Verbandes und auch über die geplante Brausteuererhöhung. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Ferner kam zur Sprache die Handlungsweise des „Meisters“ so vieler Kunst, Manufaktur, der wegen allzuguter Leistung und guter Fertigkeit im Temperieren in der Brauerei Gebr. Kühle eines Tages die Türe verschlossen fand, und nun auf der Vereinsbrauerei sich in der Stank löst, durch gewisse Handlungen gegen die Arbeiter sich möglichst „beliebt“ bei diesen zu machen. Es scheint, daß sein Bestreben auch darauf hinausgeht, Leute, die schon jahrelang auf der Brauerei arbeiten, rausdrücken zu wollen. Neulich hat er den Gastwirt Horenburg und sämtliche Anwesende der Polizei denunziert, doch mußte er unverrichteter Sache wieder abziehen. „Ich muß es mit dem halten, von dem ich mein Geld bekomme“, meint er, aber für das Denunzieren erhält er doch kein Geld! Von weiterem wollen wir heute Abstand nehmen, ihm aber empfehlen, sich zu bessern.

Wunstorf. In einer am 17. Dezember stattgefundenen öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung referierte Kollege Wittich aus Frankfurt a. M. über die geplante Erhöhung der Brausteuer und ihre Wirkung auf die arbeitenden Klassen. Für den wohlbedachten, lehrreichen Vortrag, welchem die Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit folgten, erntete der Referent am Schluß seiner Ausführungen den wohlverdienten Beifall. Eine Resolution, in welcher gegen die geplante Erhöhung der Brausteuer protestiert wird, wurde einstimmig angenommen; desgl. eine solche, in welcher sich die Anwesenden verpflichten, für den Verband zu agitieren resp. in denselben einzutreten. Hierauf ließen sich 11 Kollegen aufnehmen, welchen innerhalb 3 Tagen 10 weitere Aufnahmen folgten. Man kann hieraus schließen, daß die Worte der Kollegen Wittich und Weigel sowie des Kartellvorsitzenden Landtagsabgeordneten Maas nicht vergebens gesprochen worden. Offiziell seien auch die noch fernstehenden hiesigen Brauereiarbeiter recht bald ein, daß auch sie sich der Organisation anschließen haben, damit auch hier endlich andere Zustände geschaffen werden können, zumal die hiesigen Verhältnisse, mit Ausnahme einiger Kleinbrauereien, die schlechtesten der ganzen Umgebung sind.

Pirna. Am 20. Dezember fand im „Wohlfahrt“ eine gut besuchte Brauereiarbeiter-Versammlung statt. Kollege Kippel, Dresden, führte in seiner 1 1/2 stündigen Ausführungen den Anwesenden, gestützt auf reichliches Material, die Steuerpolitik des Reiches vor Augen. Vor allem ging er auf die in Aussicht stehende Erhöhung der Brausteuer des näheren ein, dabei betonend, wenn der Entwurf Gesetz werde, derselbe für die Brauereiarbeiter von tiefenschneidenden Folgen begleitet sein werde. Versuchten doch heute schon die Brauereien, jedwede Belastung durch Ersparnis an Arbeitskräften von sich abzuwälzen, so werde dann auch die Erlangung von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch mehr erschwert werden. Der Konkurrenzkampf der Groß-Brauereien gegen die Klein- und Mittel-Brauereien werde wilder denn je entbrennen, infolgedessen ohne weiteres die letzteren zugrunde gehen, was wiederum eine Profitosmachung von Tausenden von Brauereiarbeitern bedeutet. Die Begründung der Vorlage durch die Regierung, den Klein- und Mittel-Brauereien zu helfen, entbehre jeder Logik. Wir hätten nur die Lehre daraus zu ziehen, uns durch weiteren Ausbau unserer Organisation zu schützen, und mehr denn je auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Die Resolutionen des Hauptvorstandes fanden einstimmige Annahme. Unter Gewerkschaftlichen wurde beschlossen, der Errichtung eines Arbeitersekretariats für Pirna und Umgebung zuzustimmen. Am Schluß forderte Kippel auf, die bürgerlichen Zeitungen abzustellen, angeht die Verhöhnung der Arbeiterklasse bei der Wahlrechtsbewegung durch diese Zeitungen müßte jeden ein Abscheu erregen vor derartigen widerlichen Brecherzeugnissen.

Schwern. Die Versammlung vom 6. Dezember war sehr stark besucht und waren auch die Arbeiter der Weinhandlung Uhl und der Brennerei S. Rauch erschienen. Auch die Böttcher waren zahlreich vertreten. Vorsitzender Freije begründete zunächst die Notwendigkeit der Wahl einer Lohnkommission, deren

Dauptaufgabe sei, vorkommende Differenzen mit den Betriebsleitungen zu regeln. Es wurden zu dieser Kommission fünf Mann gewählt, darunter auch ein Wirtlicher. Dann sprach Prof. Frehle über das Thema: Was lehren den Arbeitern die letzten Ausperrungen? Er wies darauf hin, daß es den Unternehmern bei Ausperrungen gleich gewesen sei, ob ein Arbeiter organisiert war oder nicht, alle flohen sie aufs Pflaster. Diese brutalen Maßnahmen zeigen den Unorganisierten, daß sie sich der Organisation anschließen müssen. Hauptächlich wandte er sich an die Kollegen von Maud und Uble, daß auch für sie die Zeit gekommen sei, sich dem Verbande anzuschließen, damit auch ihre Lage verbessert werden könne. Er wies dann auf die Leistungen des Brauereiarbeiter-Verbandes hin und schilderte die früheren Verhältnisse in den Schwärmer Brauereien und wie diese seit Wessels der Organisation gebessert wurden, und forderte alle auf, kräftig mit zu helfen an dem Aufbau der Organisation. Bekannt gegeben wurde, daß am Orte von den Wärdern eine Genossenschaftsbäckerei errichtet werde, die am 6. Januar eröffnet wird, und wurden die Kollegen aufgefordert, ihre Nachwaren von dort zu beziehen. Versprochen wurde noch, in nächster Zeit eine Protestversammlung gegen die Brausteuererhöhung einzuberufen und sollen die Kollegen für guten Besuch Sorge fagen.

Schlebus. Denunziantenbermut sind zwei in der hiesigen Schloßbrauerei (Inhaber Lotter) stehen und in vergangener Jahre tätige Kollegen zum Opfer gefallen. Die bei der Verbandgründung in Szene getretene Gesinnungslosigkeit, wobei mit Ungläubigkeit, als dieses erfolglos, mit Zuckerbrot gearbeitet wurde, hatte wenig Erfolg. Es nahmen sich nunmehr einige Unternehmer-Tabakanten der Verfolgungsarbeit gegen die Verbandsmittglieder an. Der Umstand, daß der Führer zur Brauerei zu eng ist und mehrere Wagen nebeneinander keinen Platz haben, wurde seitens des herrschaftlichen Aufsichters als Veranlassung genommen, mit einem Arbeiter, der in Ausübung seiner vom Braumeister ihm auferlegten Pflichten begriffen, anzuhängen. Der Streit wurde seitens des Streikfindenden im Gespräch fortgesetzt und der organisierte Kollege tötlich angegriffen, nebenbei ihm noch bedroht: „Das Weitere würde dich unter 4 Augen erledigen.“ Statt den Angreifer zu entlassen, griff der Inhaber des Betriebes, der den Vorgang in seiner Abwesenheit nicht kannte, ohne sich zu informieren, zur Entlassung des Angegriffenen und des vom Braumeister zum Stube-ältesten ernannten Kollegen, der sich schlichtend einmischte; freilich waren dieses organisierte Arbeiter. Daß die Entlassungen nur wegen der Organisation erfolgte und von dem Denunziantentum provoziert wurden — ob auf höheren Befehl, wissen wir leider nicht —, muß man daraus schließen, daß unter jener Sippe „die Entlassung der beiden“ und in Zukunft aller Verbandskollegen tags vor der Rückkehr des Betriebsinhabers in der Brauerei Tagesgespräch war, und Arbeiter schon vorher, obwohl der Betrieb voll besetzt war, baldige Arbeitslosigkeit auf der Brauerei in Aussicht gestellt wurde. Welches Gefühl mag Herr Lotter beschleichen, wenn er von seinen für krante und arme Kinder spendenden und in den Schwiebuser Tagesblättern quitierten 40 Mark liest und daran denkt, daß er einen 7 Jahre lang bei ihm tätigen Arbeiter, der eine fremder Gälte bedürftige, krante Frau im Hause hat, und einen anderen, sogar 14 Jahre bei ihm tätigen Arbeiter, der vier Kinder hat und jahrelang mit dem Hungerlohn von 13,84 Mark wöchentlich entlohnt wurde, als Weihnachtsgeschenk aus Liebe und Anerkennung auf die Straße setzt. Die ins Wanken gekommene Autorität verbietet Herrn Lotter, die beiden, nach seiner Aussage sehr tüchtigen Arbeiter wieder einzustellen. Dem Gauleiter weist man die Tür. Schritte gegen diese Ungerechtigkeit sind eingeleitet. Uns liegt am Frieden! Will ihn Herr Lotter nicht, so kann es möglich werden, daß die Biertrinker über das bereits gestufene Bier nachträglich noch Weibschmerzen empfinden und es in Zukunft meiden werden. Dann mag Herr Lotter seine Ratgeber dafür zur Rechenschaft ziehen.

Sollingen. Am 14. Dezember fand im Lokale Ern eine Protestversammlung der Brauereiarbeiter gegen die geplante Brausteuererhöhung statt. Redakteur May hielt einen Vortrag über die Zoll- und Finanzpolitik des Deutschen Reiches. Ausgehend von den Prophezeiungen, die wir an die Annahme des Zolltarifes knüpften, bespricht Redner die Wirkung der indirekten Steuern und stellt fest, daß heute schon pro Kopf und Jahr in Deutschland 27 Mark indirekter Steuern gezahlt würden. Die Erträge des neuen Zolls- und Hungertarifes reichen nun aber nicht aus, um die kostspielige Flotten- und Weltpolitik bestreiten zu können. Man kann auf die Erprellung neuer Mittel und unter dem Deckmantel „Finanzreform“ wurden verschiedene Gewerbezweige als Experimentierobjekte herausgeholt.

So ist auch das Brauergewerbe dazu auseinander, neben den schon zu zahlenden 31 Millionen Mark noch 60 Millionen durch die neue Brausteuer aufzubringen. Die Belastung der norddeutschen Brauereigemeinschaft durch diese Steuer ist so groß, daß eine große Anzahl kleinerer und kleiner Brauereien zugrunde gehen dürften. Redner führte einige große Brauereien an, die zeigen, was sie auf Grund ihrer Produktion an höheren Steuern zu zahlen hätten. Schüttelsh-Berlin zahlte letzte 968.448 Mark Brausteuer, mühte aber später, falls die Steuer angenommen wird, 3.075.025 Mark zahlen. Die Dividende würde vollständig aufgezehrt. Die Steuer erhöht sich überall um das Dreifache, sobald Brauereien in Frage kommen, die mehr als 2000 Doppelcentner Malz pro Jahr verarbeiten. Die Beckmannschen Brauereien (inkl. Ohligs) mühten an 250.000 Mark Steuern bezahlen. Es ist klar, so führte der Redner weiter aus, daß eine solche Belastung die Produzenten nicht allein tragen, sondern versuchen werden, sie auf das Gastwirtgewerbe und auf die Konsumenten abzuwälzen. Auch die Brauereiarbeiter würden unter dem Zusammenbruch verschiedener Brauereien in Mittelbedürftigkeit gezogen. Zunahme der Arbeitslosigkeit und Erschwerung der notwendigen Verbesserung der Lohnverhältnisse seien die unausbleiblichen Folgen einer ruhmlosen Steuer- und Wirtschaftspolitik Deutschlands. Anstatt Industrie und Gewerbe zu stärken, richte man sie mit Steuerlasten zugunsten des Militärstaates und der Agrarier zugrunde und schwäche so die Steuerkraft des Volkes. — Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag sprach noch ein Brauereiarbeiter über die Lage in der Brauindustrie und forderte gleich dem Referenten zum Protest gegen die beabsichtigte Brausteuer auf. Die Versammlung nahm die begünstigten Resolutionen einstimmig an.

Tübingen. Die Versammlung vom 10. Dezember war gut besucht. Gauleiter Thier er sprach über die neuen Zölle und Steuern mit Berücksichtigung der Brauindustrie. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Die Nichtorganisierten wurden zum Eintritt aufgefordert, aber leider sind noch einige, für die die Organisation am nötigsten wäre, noch weit zurück. Gerügt wurden auch die persönlichen Beibereiten. Würden die Kollegen das beherzigen, was ihnen im Vortrag gesagt wurde, dann würden überhaupt keine Beibereiten vorkommen. Der Vortragende schloß mit den Worten: Dem Verband treu bleiben, treu zusammenhalten und sich kräftig der Agitation widmen. Kollegen, beherzigt dies!

Herbunds Nachrichten.
Vom 18. bis zum 24. Dezember gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Bernigerode 10,40. Reunied 19,20. Bünneburg 20,55. Wanne i. W. 49,10. Göttingen 35,—. Langensalza 7,90. Rombshelm 4,50. Bellingries 2,80. Großhörnbach 2,—. Straßburg i. E. 24,10. Gumbd 78,—. Reuppen 218,88. Briege i. Schl. 31,40. Leipzig 75,—. Friedberg 22,90. Worms 100,—. Schwelmgen 80,—.
Für Inzerate ging ein: Mainz 1,40. Rieja 10,60. Tübingen 2,—.
Für Abonnements ging ein: Fürt 8,—. Speyer 8,—. Friedenshütte 8,05. Hannover 6,—. Seltion Winterthur 21,—.
Material ist abgehandelt: Bünneburg 400 Mark an 40 Pf. Jngolstadt 400 Mark an 40 Pf. Göttingen 10 Mitgliederbücher und 400 Mark an 40 Pf. Siegen 40 Mitgliederbücher und 2000 Mark an 40 Pf. Rosenheim 100 Mitgliederbücher und 2000 Mark an 40 Pf. Nürnberg 50 Mitgliederbücher.
Abrechnung für das 3. Quartal haben eingelangt: Straßburg i. Schl., Friedberg, Langensalza und Barunen.

* **Berlin I.** Die Mitglieder werden ersucht, zum Quartalsabschluss die Beiträge pünktlich zu begleichen. Desgleichen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß bei Unterkümmungs-erhebungen die Vorlegung des Verbandsbuches und der Krankenpapiere resp. Invalidentarife unerlässlich und Arbeitslosenmeldung nur persönlich zulässig ist.

* **München.** Das Verbandsbureau der Zahlstelle München mit dem Vorstehenden und Kassierer befindet sich ab 20. Dezbr. Landbergerstr. 1/1 („Café Pasha“). Unterstützung wird dort ausbezahlt von 10—12 Uhr vorm. und von 5—7 Uhr nachm. Auch alle Korrespondenzen und Geldsendungen sind von da ab an die Unterzeichneten zu senden.
A. d. J. a. J. a. J., Vorstehender, A. d. R. A. I., Kassierer, Landbergerstr. 1/1.

* **Nürnberg.** Alles die Zahlstelle Nürnberg Betreffende ist ab 1. Januar 1906 an Fritz Krämer, Parkstraße 46, 2. Et., zu richten. Unterstützung wird ausbezahlt täglich von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends mit Ausnahme des Sonntags mittags und Montagvormittags. An diesen Tagen erfolgt das Einkassieren der Beiträge in der Wohnung der Mitglieder.

Das Einkassieren erfolgt alle 14 Tage. Wer monatlich zahlen will, hat vier Wochenbeiträge im voraus zu entrichten. Die Mitglieder werden ersucht, an diesen Tagen ihre Legitimationskarte zum Abtempeln bereit zu legen. Die Mitgliederbücher werden im Bureau aufbewahrt und werden öfters revidiert, ob die Karten richtig gefüllt sind. Die Vertrauensleute behalten ihre Vertrauensmännerbuch zum Zweck der gegenseitigen Kontrolle in Händen. Im Interesse einer ordnungsgemäßen, präzisesten Erledigung der Arbeiten wird ersucht, obiges genau beachten zu wollen.
Fritz Krämer, Parkstraße 46, 2. Et.

* **Sonneberg.** Die rezierenden Mitglieder werden hiermit aufgefordert, zwecks Abrechnung ihre Beiträge zu begleichen, andernfalls nach dem Statut verfahren wird.

* **St. Johann-Saarbrücken.** Unterstützung zahlt Kollege Hans Gier, Brauerei Schmidt, Saarbrücken, mittags von 12—1 1/2 und abends von 6—8 Uhr aus.

Briefkasten.
Fürt. Simmerberg gehört zur Zahlstelle Lindau. Vertrauensmann ist Paul Zahn.

Vergnügungsanzeigen.
Altenburg (S. A.) Sonntag, den 14. Januar: Wintervergnügen im Waldschloßchen. Hierzu sind alle Nachbarzahlstellen freundlichst eingeladen.

Verjammlungsanzeigen.
Dresden. Sonntag, 31. Dezember, vorm. 11 Uhr, im „Trianon“: Protestversammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Sindermann. Erscheinen aller ist Pflicht!
Düsseldorf. Sonntag, 7. Januar: Protestversammlung der Brauereiarbeiter von Düsseldorf gegen die geplante Biersteuererhöhung. Zeit und Lokal in nächster Nummer. Kollegen, bringt sämtliche Brauereiarbeiter zur Stelle!
Eberfeld-Barmen. Sonntag, 7. Januar, 3 Uhr, im Hotel „Gulich“ in Unter-Barmen, Allee-Str.: Protestversammlung aller in den Brauereien, Mälzereien und Bierniederlagen beschäftigten Arbeiter von Eberfeld, Barmen und Umg. gegen die geplante Biersteuererhöhung. Referent: Redakteur Gewehr, Eberfeld. — Die auf den 7. Januar fallende Mitglieder-Verjammlung findet später statt.

Fürt. Jeden ersten Sonnabend im Monat. Sonnabend, 6. Januar: Halb-jährige Generalversammlung mit Neuwahl.

Greiz. Sonntag, 31. Dezember, 4 Uhr: Protestversammlung in der „Scharfen Eck“.

Halle. Sonntag, 7. Januar, vorm. 11 Uhr, im „Weißer Hof“: Deffentl. Protestversammlung gegen die geplante Biersteuer. Referent: R. Stöcklein. Agitiere jeder Kollege für guten Versammlungsbefuch. — Nächste Mitglieder-Versammlung Sonntag, 14. Januar, 4 Uhr, in Köppchens Lokal.

Heilbronn. Sonnabend, 6. Januar (Erfcheinungsfeft), 1 Uhr: Generalversammlung im Gewerkschaftshaus „Zur Rose“.

Hildesheim-Moritzberg. Sonnabend, 30. Dezember, 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. Nichtorganisierte mitbringen!

Magdeburg. Sonnabend, 30. Dezember, 8 Uhr, bei Bartels, Fabrikstr.: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Bericht der Kommission über die Verhandlung mit der Cracauer Brauerei wegen Entlassung eines Kollegen.

Schwelmgen. Sonntag, 7. Januar, 2 Uhr, in der Restauration „Zum wilden Mann“.

Simmerberg-Weiler. Montag, 1. Januar (Neujahrstag), 7 1/2 Uhr: Außerordentl. Brauereiarbeiter-Versammlung im Gasthaus „Zum Löwen“, Weiler. Alle Mann zur Stelle! Nichtorganisierte mitbringen!

Sonneberg. Sonntag, 7. Januar, 3 Uhr, im „Büdenhof“: Generalversammlung.

St. Johann-Saarbrücken. Sonntag, 31. Dezember, 3 Uhr: Protestversammlung im Kaiseraal. Kollegen, bringt alle Brauereiarbeiter von St. Johann-Saarbrücken zur Versammlung!

Tübingen. Sonntag, 7. Januar, 2 Uhr, im Lokal „Zur Sonne“. Nichtorganisierte mitbringen! Die Mitglieder haben ihr Verbandsbuch nachzuführen!

Weimar. Sonntag, 31. Dezember, 3 Uhr: Deffentl. Protestversammlung im „Deutschen Haus“. Referent: Reichstagsabgeordneter Baubert. Alles pünktlich zur Stelle! Nichtorganisierte mitbringen!

Inserate (Gratulationen Vergnügungsanzeigen etc.) werden fortan nur aufgenommen, wenn sie bei Einbringung bezahlt werden. Gratulationen kosten mindestens 1,40 Mt. (Zeile 20 Pf.), größer mehr; Vergnügungsanzeigen mindestens 2 Mt. (Zeile 40 Pf.), größer mehr.

Der Brauer **Josef Dirsch** und **Heideck** (Mittelrenten) wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten einzusenden zur Entgegennahme des auf ihn entfallenden Gewinnanteils. Erfolgt nicht Meldung bis zum 1. März, so wird nach dem Statut für den Arbeiter-Ausschuss verfahren. Dirsch war bis Mai d. J. auf der Hildesheimer Aktien-Brauerei tätig. Die Kollegen werden ersucht, den pp. Dirsch auf Vorstehendes hinzuweisen.

Der Arbeiter-Ausschuss der Aktien-Brauerei Hildesheim **J. A. Rother.**
Kollegen, welchen der Aufenthalt des **Bianca Herrl** (s. Zt. in Brauerei „Schwägershausen“ = Konstantz) bekannt ist, werden dringend um Mitteilung desselben ersucht.
A. Schiller, Löwenbrauerei, Konstantz.

Einige Waggon **geringes Malz** werden zu kaufen gesucht. Offerten u. N. M. 2446 an **Rudolf Mosse, Nürnberg.**

Bekanntmachung.
In dem bei dem Schöffengerichte am Amtsgerichte München I anhängig gemachten Privatklageverfahren des Brauereiarbeiters **Oswald Schrembs** zu Regensburg gegen die Brauereiarbeiter **Lois Baumann** und **Franz Wettemann**, beide zu München, wegen Verleumdung, wurde in der Sitzung des Schöffengerichtes vom 2. Dezember 1905 folgender Vergleich abgeschlossen:
1. Herr Baumann und Herr Wettemann erkennen auf Grund der heutigen Zeugenvernehmung an, daß die von ihnen gegen Herrn Schrembs in der Versammlung vom 19. April 1905 erhobenen Vorwürfe, er habe Herrn Brauereibesitzer **Thomas den Rat** gegeben, Arbeiter zu entlassen oder in schlechterer Stellung zu verlegen, unbegründet sind und bedauern, auf Grund unzulässiger Mitteilungen diese Vorwürfe ausgesprochen zu haben.
2. Jeder trägt seine Kosten; die Gerichtskosten tragen die Angeklagten.
Für den Privatkläger **Schrembs**: **Dr. Faber, Rechtsanwalt.**

Allen Mitgliedern und Freunden des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter ein fröhliches **Prosit Neujahr!**
Verbandsvorstand und Redaktion der „Brauer-Zeitung“.

Verzlichen Glückwunsch zum Jahreswechsel sendet **Brauer-Verkehr Leipzig, M. Schubert, Seeburgstraße 22.**

Die besten Wünsche zum neuen Jahr sendet **Joh. Dohm, Bedarfsartikel-Geschäft, Kiel, Winterbäderstr. Nr. 12.**

Seinen Freunden und Gönnern wünscht ein **glückliches neues Jahr** **Joh. Bartelma, Bochum, Dillwegstraße 26.**
Allen Zweigvereinsvorsitzenden, Vertrauensmännern sowie allen Verbandskollegen im Gau 4 (Bayern) zu weiteren freundlichen Schüssen ein **Prosit Neujahr!**
Osw. Schrembs, Gauleiter.

Bekanntmachung.
Die hiesige **Stadt-Brauerei** mit Ausschank und Wohnung im Rathaus, sowie die Wirtschaftsgebäude mit circa 29 Morgen Acker und Wiesen sollen im Liquidationstermine **Sonnabend, 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, im hiesigen Magistratsbureau** vom 1. April 1906 ab auf 6 Jahre verpachtet werden. Die Bedingungen können in unserem Bureau eingesehen werden. Abschrift derselben wird gegen Erstattung der Kopialien erteilt. In Betreffs resp. Pachtkaution sind 1500 Mark zu erlegen.
Kultschin, 14. Dezember.
Der Magistrat.
Unsern Kollegen **Franz Wühr** und seiner lieben Frau **Marie**, geb. Mühle, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle **Hofzheim.**
Unsern Kollegen **Max Gross** und seiner lieben Frau **Susanna** zur stattgefundenen Hochzeitfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandskollegen der Aktien-Brauerei **Endwigshafen.**

Billiger als jed. Konkurrenz **10 Pfund**
Col. F. F. Nauchsch u. Sproten Bülge, Schell. u. Vachsher. 30 marin. Fr. Ger. u. Hoff. Anghovis Alles F. F. F. Postfrei 3,95 g. R. **E. Degener** Schweinmilde 6ll Ofizer.

Empfehle den werten Kollegen meine vorzüglichen **Zigarren.** Als Spezialität: 100 St. 5 Pf.-Zigarren 3,80 Mt. 100 St. 6 Pf.-Zigarren 4,80 Mt. Versand nur unter Nachnahme.
Conrad Böhme, Glashütte (Sachsen).

Unsern Kollegen **Wilhelm Suckert** nebst Frau **Anna**, geb. **Börner**, ferner **Max Gährig** nebst Frau **Frida**, geb. **Donaich**, die herzlichsten Glückwünsche zur stattgefundenen Vermählung.
Die Verbandskollegen von der Brauerei **Felsenkeller, Dresden.**

Unsern Kollegen **Max Rauch** und seiner lieben Frau **Ella** zur stattgefundenen Hochzeitfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandsmitglieder der Spandauer **Brauerei, Charlottenburg (Sektion 1).**
Unsern Kollegen **H. Enderle** zur Verlobung mit Fräulein **Rosa Lenz** die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der Brauerei **Dinkelacker, Stuttgart.**